

Die Polizeieinsätze, zu denen es Anfang Juli rund um den »G-20-Gipfel« kam, werfen nach wie vor viele Fragen auf. Hochgerüstete und militarisierte Polizeieinheiten waren mit teils brutaler Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen. Zunehmend entwickelt die Staatsmacht ein gefährliches Eigenleben. Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie warnt in einem vor wenigen Tagen veröffentlichten Statement ihrer Organisation vor einem »Missbrauch des Monopols auf physische und psychische Gewaltsamkeit« durch die Beamten. »Die Polizei meint, im Zweifelsfall könne man die Rechtmäßigkeit ihres Handelns ja nachträglich überprüfen lassen. Das kennzeichne den Rechtsstaat.« Damit liege sie jedoch falsch. »Denn die Rechtsstaatlichkeit muss sich schon darin erweisen, dass die Vertreter des Gewaltmonopols sich selbst an Recht und Gesetz halten«, stellt Steven klar.

Amnesty International kritisierte in einer Ende Juli veröffentlichten Erklärung, dass Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) »keine Polizeigewalt gesehen haben will und jegliche Kritik an der Polizeiarbeit als »Denunziation« verunglimpft«. Die Menschenrechtsorganisation stellte klar: »In einem demokratischen Rechtsstaat muss Kritik an staatlichem Handeln nicht nur möglich sein, sondern sie ist sogar erwünscht und notwendig.« Hingegen stellte sich nicht nur Scholz pauschal vor die Polizei und bestritt bewusst wahrheitswidrig die Fülle an Grundrechtsverletzungen und Gewalttaten der in der Hansestadt eingesetzten Beamten. Die »schwarz-gelbe« nordrhein-westfälische Landesregierung schaffte gar die bestehende Kennzeichnungspflicht für Polizisten, die von der Vorgängerregierung eingeführt worden war, Ende Juli wieder ab. Ein bemerkenswertes Bündnis aus CDU, FDP und AfD hatte sich dafür eingesetzt. Man wolle ein Zeichen gegen die »Stigmatisierung der Polizei« setzen, tat Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) kund. Laut einer kürzlich veröffentlichten repräsentativen Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Yougov ist die Zustimmung für die Kennzeichnung



Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD, erste Reihe links) verbittet sich den Begriff Polizeigewalt

Persilschein für Polizei

Fragwürdiges Rechtsverständnis und zunehmende Militarisierung sind bezeichnend für Einsätze der Staatsmacht. **Von Markus Bernhardt**

von Polizisten mittels Nummern in der Bevölkerung gestiegen. 45 Prozent der Bürger befürworten aktuell, dass es für jeden Polizisten eine individuelle Kennzeichnung gibt, gab das Institut jüngst bekannt.

Während die Verfolgung polizeilicher Straftäter, die durch eine flächendeckende Kennzeichnung der Beamten zumindest erleichtert würde, seitens der Mehrheit der Parteien nunmehr seit Jahren abgelehnt bzw. behindert wird, wurde zum 1. Juni dieses Jahres mit dem neuen Paragraphen 114 StGB vom Bundestag ein Sonderstrafrecht beschlossen, nach dem vermeintlich tätliche Angriffe auf »Amtsträger« deutlich härter als bisher

bestraft werden. Die Mindeststrafe beträgt fortan drei Monate Gefängnis, der Strafrahmen geht bis zu fünf Jahren. Das Grundrechtskomitee warnte, dass die Angst vor der Teilnahme an Demonstrationen damit »immens gestiegen« sei.

Am Sonntag erneuerte Christiane Schneider, die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, ihre Forderung nach Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Zur Begründung führt die Linksfraktion an, dass sich mittlerweile Hinweise darauf mehrten, dass Polizei und Hamburger Innensenat unter anderem bezüglich des Polizeieinsatzes gegen G-20-Gegner

am Rondenberg die Unwahrheit gesagt hätten. Polizeidirektor Großmann, der die Verantwortung am Rondenberg trug, hatte im Innenausschuss ausgesagt, der Einsatz sei erfolgt, weil die Demonstrierenden die Einsatzkräfte mit Steinen, Flaschen und Pyrotechnik beworfen hätten. Ein Polizeivideo zeigt allerdings, dass aus der Gruppe heraus lediglich drei Bengalos auf die leere Straße geschmissen worden waren. Bei Großmanns Stellungnahme könne es sich um eine »Falschaussage des Senats vor dem Innenausschuss« handeln, kritisierte Schneider.

■ Siehe Seite 4

»Pfefferspray ist potentiell tödlich«

Abgeordnete plädiert, Gewalttäter aus dem Polizeidienst zu entfernen. **Ein Gespräch mit Karin Binder**

Im Nachgang zu den brutalen Einsätzen der Polizei gegen Gegner des »G-20-Gipfels« Anfang Juli in Hamburg hat Thomas Wüppesahl, Vorsitzender der »Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten«, ein Verbot von Pfefferspray bei Demonstrationen gefordert. Teilen Sie seine Auffassung?

Ja, in Hamburg hat sich gezeigt, dass die Polizei vollkommen unverhältnismäßig mit dieser gefährlichen Waffe umgegangen ist und friedliche Demonstranten, Anwohner und sogar Journalisten gezielt attackiert hat. Ich lehne den Einsatz von Pfefferspray bei Demonstrationen entschieden ab.

Sind die Ereignisse von Hamburg der einzige Grund für Ihre Positionierung?

Nein, ich war auch schon vor den Protesten zum »G-20-Gipfel« dieser Meinung. Pfefferspray ist eine potentiell tödliche Waffe. Vor allem Asthmatiker oder Allergiker, aber auch Menschen, die Drogen konsumieren, können daran sterben. Die Wirkungen dieses Reizgases sind bis heute nicht vollumfänglich erforscht. Vorgeschriebene Sicherheits-

Karin Binder ist Bundestagsabgeordnete der Linkspartei und parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion. Auf ihrer Website findet sich ein Dossier zum Thema Pfefferspray mit dem Titel »Gewalt aus der Dose stoppen«: karin-binder.de

hinweise zu diesem Kampfstoff werden im Einsatzgeschehen von den Beamten nicht eingehalten. Bei der Einführung des Pfeffersprays wurde noch behauptet, es würde einzig und gezielt gegen Gewalttäter eingesetzt werden. Die Realität sieht hingegen seit Jahren anders aus. Die Waffe wird oft flächendeckend wie ein Insektenspray gegen große Gruppen von Demonstranten oder auch Fußballfans eingesetzt und trifft immer auch Unbeteiligte. Besonders erschreckend finde ich, dass die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD sich bis heute hartnäckig weigert, Todesfälle im Zusammenhang mit Pfeffersprayeinsätzen der Polizei auch nur zu dokumentieren. Dabei warnen Mediziner und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International schon seit Jahren vor den möglichen Folgen der Einsätze dieses Kampfstoffs und fordern dessen Verbot.

Pfefferspray ist mittlerweile sogar

in Drogeriemärkten wie DM frei erhältlich ...

Das ist ja das eigentlich Erschreckende, mit welcher Selbstverständlichkeit eine solch gefährliche Waffe inzwischen benutzt wird. Das ist auch ein Beleg für die zunehmende Aufrüstung innerhalb unserer Gesellschaft. Von der zunehmenden Militarisierung der Polizei im Inland einmal ganz zu schweigen. Das macht mich fassungslos und wütend zugleich.

Bürgerrechtsorganisationen haben kritisiert, dass der Polizeieinsatz in Hamburg offenbar eine Übung für den Umgang mit möglichen Aufständen und Massenprotesten gewesen sei. Teilen Sie diese Sicht auf die Dinge?

Das ist nicht von der Hand zu weisen. Es waren Hunde- und Reiterstaffeln im Einsatz. Die Beamten sind mit »null Toleranz« gegen die Protestierenden vorgegangen. Auf Videos ist zu sehen, wie Beamte mit brutaler Gewalt gegen unbewaffnete Demonstranten vorgehen und diese gezielt mit Schlagstöcken, Faustschlägen und Tritten malträtierten. Auch schweres Gerät, das wir ansonsten höchstens von Bildern aus Kriegsregio-

nen kennen, war in Hamburg im Einsatz. Sogar der Gebrauch von Schusswaffen war freigegeben. Das alles hat mit demokratischen Rechten in einer freien Gesellschaft nichts zu tun und muss Konsequenzen haben. Auch Gewalttäter in Uniform gehören vor Gericht und aus dem Polizeidienst entfernt. Wir brauchen unabhängige Untersuchungskommissionen für Fälle von Polizeigewalt.

Sie sind in Ihrer Fraktion eigentlich für Verbraucherschutz zuständig. Warum ist die Ausrüstung der Polizei ein Thema für Sie?

Der brutale Polizeieinsatz im September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten gegen die Gegnerinnen und Gegner des großwahnsinnigen Bahnhofprojektes »Stuttgart 21« war der Auslöser für mich. Solche Gewaltexzesse von Polizisten hatte ich zuvor noch nicht wahrgenommen. Bilder wie an diesem besagten »schwarzen Donnerstag« wollte ich niemals wiedersehen. Leider war diese Polizeibrutalität auch in Hamburg offensichtlich. Unsere Gesellschaft muss ihre Freiheits- und Bürgerrechte künftig noch offensiver verteidigen. Sonst wachen wir eines Tages in einem autoritären Polizeistaat auf. **Interview: Markus Bernhardt**

■ Hintergrund Aufrüstung im Innern

Hunde- und Reiterstaffeln waren im Einsatz, potentiell lebensbedrohliches Pfefferspray war versprüht worden. Nun wurde bekannt, dass ein Spezialeinsatzkommando im Rahmen der Polizeieinsätze rund um den »G-20-Gipfel« sogar mit Gummigeschossen gefeuert hatte, obwohl für den Einsatz solcher Geschosse keinerlei gesetzliche Bestimmungen existieren.

In Berlin wird bereits seit Anfang Februar der Einsatz von Elektroschockdistanzwaffen getestet. Zwanzig Beamte, die in den Bezirken Kreuzberg und Mitte im Streifendienst tätig sind, wurden mit sogenannten Tasern ausgestattet. Diese Distanzwaffen, die etwa in den USA flächendeckend im Einsatz sind, führten dort schon zu Hunderten Todesfällen. Sie sind mit Metallpfeilen ausgestattet, die durch Drähte mit dem Taser verbunden sind und kurzzeitig eine Spannung von bis zu 50.000 Volt auf die Zielperson übertragen. Infolgedessen erlahmt die Muskulatur der Betroffenen und lässt diese bewegungsunfähig zu Boden fallen. Vor allem für Menschen mit Herz- bzw. Kreislaufkrankungen sind die Waffen lebensbedrohlich.

Obwohl mit SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen alle drei Parteien, die nunmehr die Berliner Landesregierung stellen, den Einsatz der gefährlichen Waffen im Abgeordnetenhauswahlkampf abgelehnt hatten, stoppten sie den Einsatz der Taser, der auf eine Initiative des ehemaligen CDU-Innensenatoren Frank Henkel im August 2016 zurückgeht, nach der Wahl nicht.

Wie Politik und Polizei mit Kritikern der Tasereinführung umzugehen gedenken, wurde dieser Tage anhand der Reglementierung des Berliner Polizeiprofessors Michael Knappe deutlich. Dieser soll ab dem Wintersemester keinen Lehrauftrag mehr an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) erhalten. Der bekannte Polizeibeamte, hatte bereits im März dieses Jahres den Einsatz der Waffen kritisiert. »Wenn der Taser eingesetzt wird, ist das ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und damit ein Eingriff in ein Grundrecht«, hatte Knappe in der *Berliner Morgenpost* moniert. Zugleich stellte er klar, dass ein solcher Eingriff nur durch die vom Volk gewählten Parlamentarier per Gesetzesänderung vorgenommen werden könne. Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt (CDU) hatte Knappe daraufhin vorgeworfen, die Polizisten mit seinen Aussagen zu verunsichern. Kandt soll dafür gesorgt haben, dass Knappe seinen Lehrauftrag verliert. »Ich kenne Professor Knappe seit Jahrzehnten, und ich kann die Beendigung des Lehrauftrags wie viele Kolleginnen und Kollegen an der HWR und zahlreiche Studentinnen und Studenten nicht nachvollziehen«, stellte Kerstin Philipp, Landesvorsitzende der Berliner Gewerkschaft der Polizei, in der letzten Woche in einer Pressemitteilung klar. (bern)